

Politische Begriffe helfen nicht nur, über die politische Realität nachzudenken, sondern sie sind selbst politisch. Sie werden daher immer auch als Begriffe innerhalb politischer Auseinandersetzungen gegen die Gegner eingesetzt. Dabei handelt es sich nicht nur um Ideen oder Ziele in Parteiprogrammen oder politische Strategien und Taktiken, sondern auch um grundsätzliche Ideen, die den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft reflektieren.

Eine Partei muss daher über so etwas wie eine „schwache Gesellschaftstheorie“ verfügen, um konkrete Ziele und Strategien überhaupt formulieren zu können. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass rechte Ideen angesichts politischer Erfolge rechter Parteien in Europa eine Renaissance erfahren.

Der neue Rechtskonservatismus in den USA In den USA hat sich das nationale, das radikal-christliche und das rechte Denken nach der Überwinterung während der Obama-Jahre wieder gefangen und inzwischen neu aufgestellt. Im Zeichen von MAGA genießen die neuen rechten Denker und Populisten mehr Aufmerksamkeit als in den Jahren vor Trump. Es gibt zahllose populäre Bücher, Denkfabriken, und Podcasts.

Aber auch im akademischen Bereich tut sich etwas. Den intellektuellen rechts des Konservatismus fällt wieder etwas ein. Die neuen Radikalen geben die klassischen konservativ-liberalen Dogmen auf und besetzen die Debatten rechts der Mitte so, dass diese auch ehemals eher linke Ideen mit aufsaugen.

Zentrale Aspekte dieses Diskurses sind ein polemisch vorgezogener Anti-Liberalismus, auch „Post-Liberalismus“ genannt, der eine Kritik des freien Marktes und der kapitalistischen Globalisierung einschließt; die Entwicklung eines neuen rechten „Gramscianismus“ (nach dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci), der den Kulturkampf in den Vordergrund rückt; die Kritik an Technologie- und Bildungseliten, die die US-Wertgemeinschaft „ruinieren“; der Angriff auf den Verwaltungsstaat und der Hass auf eine links-liberale und zentristische Ausrichtung der Wissenschaft.

Während die linksliberale Seite wie die alte Rechte agiert und Haltungen der urbanen Bildungs- und ökonomischen Eliten abbildet, agiert nun die rechtskonservative Seite auch links, da sie die nicht-urbane Bevölkerung und die Globalisierungsverlierer zu repräsentieren versucht. Der globale Kapitalismus wird als ein Unterfangen verstanden, das von linksliberalen Eliten geschaffen wurde und ihnen dient, da diese den größten Teil der Vorteile einer immer größeren Befreiung von gewohnten, moralischen und wirtschaftlichen Zwängen einstreichen. Und dabei aber gleichzeitig vor den Risiken und Verlusten geschützt sind.

Revolutionärer Populismus Steve Bannon, Trumps Ex-„Chefstrategie“ im Weißen Haus, steht für die radikalste Position innerhalb der neuen Rechten. Bannon vertritt eine revolutionäre Position – mit dem Ziel, den „administrativen Staat“ und dessen Eliten zu zerstören.

Wenn man sich die langen Interviews, die er in den vergangenen Jahren gegeben hat, anhört oder durchliest, wird einem klar,

Zerstörung „von oben“

Was will die amerikanische Rechte? Über Revolutionäre, Nationalisten und Postliberale
Von Christian Lotz

dass wir es hier nicht mit einem durchgeknallten Spinner zu tun haben. Im Gegenteil: Bannon ist nicht dumm. Er kann Strategie und Taktik. In seinem populären Podcast „Kriegszentrale“ („War Room“) werden die Versuche, einen grundsätzlichen Wandel in der US-Politik herbeizuführen, aggressiv unterstützt und verbreitet. Nachdem Bannon sich vor mehr als zehn Jahren als „Leninist“ geoutet hat, haben die meisten seine Ausführungen noch weglächeln wollen. Aber seine ehemalige Einbindung in das Weiße Haus und die jetzige Strategie der Trump-Regierung zeigen, dass man das, wofür er steht, nicht unterschätzen sollte.

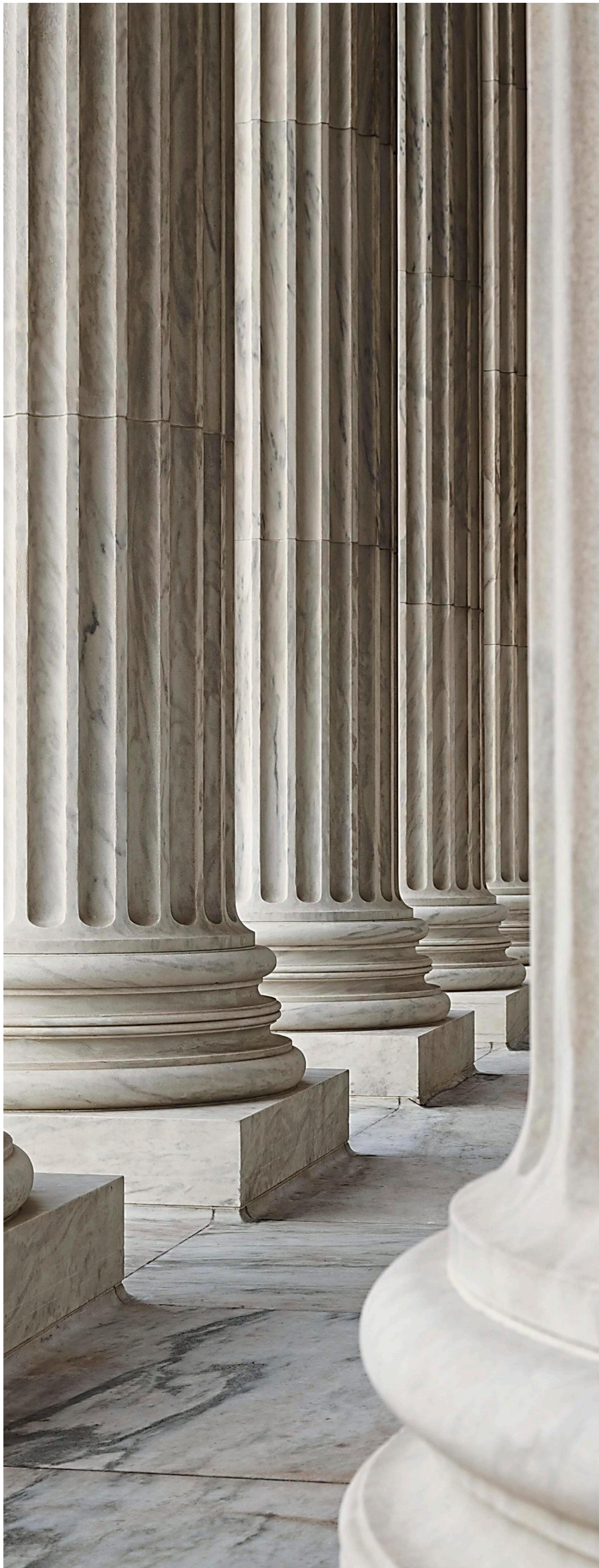
Der Staat als Maschine Lenin schreibt 1917 in „Staat und Revolution“, „die Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschine“ sei „die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“. Er unterstreicht, dass es genau diese „Staatsmaschine“ sei, die die Arbeiter und Bauern „knechtet, bedrückt und ausbeutet“. Daher folgert er: Im Interesse der wahren Demokratie sei „diese Maschine zu zerschlagen“ und „zu zerbrechen – das verlangt das wirkliche Interesse des Volkes“.

Es geht Lenin also nicht nur einfach darum, die Regierung der herrschenden Klasse auszuwechseln. Es geht ihm darum, den Apparat anzugreifen, der die Herrschaftsstrukturen dieser Klasse stabilisiert, in der gesellschaftlichen Realität durchsetzt und final sichert – also die Verwaltung, die Ministerien, die Bürokratie und den Rechtsapparat. Das ist genau das, was linke wie rechte Intellektuelle vor 100 Jahren schon als technischen, leblosen, rationalen und verdinglichenden „Mechanismus“ wahrgenommen haben. Für diesen Mechanismus steht auch heute die bürokratische und liberale Demokratie, von der sich viele Menschen entfremdet haben.

Bannons Leninismus Die leninistische Unterscheidung zwischen Staat und Staatsmaschine ist wichtig, weil das für ein Ziel steht, dem Strategie und Taktik untergeordnet werden. Es geht darum, den „administrativen Staat“ zu zerstören. Präsidenten kommen und gehen, aber Militärkommando, Verwaltungsbeschäftigte und staatliche „Organisation“ bleiben und werden als die wahre Macht im Staat wahrgenommen.

Das ist als solches nicht falsch. Das Weiße Haus hat etwa 3.000 Beschäftigte. Ein neuer Präsident kann sie austauschen. Aber dann wird es schwierig. Die US-Verwaltung hat rund 20 Millionen Angestellte, die den Staat am Laufen halten, der Militärapparat 2,3 Millionen.

Der Präsident wird nicht mehr als moderierende Gewalt, sondern als Einheit aller Gewalten verstanden



Säulen der Demokratie am Obersten Gerichtshof der USA.

IMAGO IMAGES

Dazu gesellen sich dann noch Firmen, die nur vertraglich an die Regierung angebunden sind. Wenn man dies in Betracht zieht, begreift man auch, warum die US-Regierung unter Trump das USAID („United States Agency for International Development“) komplett zerstört hat. Erstens hat die Regierung direkten Zugriff auf die USAID, und die rund 5.000 Verträge konnten unmittelbar aufgelöst werden; zweitens konnte eine nicht notwendige internationale Verpflichtung abgebaut werden; und drittens konnte die Regierung der Bevölkerung demonstrieren, dass jetzt „von oben“ aufgeräumt wird. Man hat also so etwas wie eine „schwache Gesellschaftstheorie“, in diesem Fall eine Revolutionstheorie, angewendet. Chaos ist die Folge.

Kapitalismuskritik Bannon und andere, wie der JD Vance nahe Sohrab Ahmari in seinem Buch „Tyranny Inc.“, gehen noch weiter. In einer älteren, aber hochaktuellen Rede kritisiert Bannon den Kapitalismus, der „darauf abzielt, Menschen zu Waren zu machen, sie zu objektivieren und sie (...) zu instrumentalisieren; und dies ist eine Form des Kapitalismus, die insbesondere auf die jüngere Generation eine große Anziehungskraft ausübt. Wenn sie keine andere Alternative sehen, werden sie sich – unter dem Schlagwort der ‚persönlichen Freiheit‘ – dieser Alternative zuwenden.“

Bannons Angriff gilt genau dieser liberalen kapitalistischen Konsumhaltung, die seiner Ansicht nach die politische Gemeinschaft entsubstantialisiert, da sie deren Werte auf den Gegenstand individueller Kaufoptionen und Präferenzen reduziert. Verwundert reibt sich der Leser die Augen: Ist dies die Kritik der Warenform von rechts?

Bannon als Autoritärer Die angestrebte Zerstörung des administrativen Staates, die im „Project 2025“ angedacht wurde, soll „von oben“ erfolgen. Man strebt eine starke Exekutivgewalt an: Die Souveränität des Volkes wird mit einer Person identifiziert. Der Präsident wird nicht mehr als moderierende Gewalt, sondern als Einheit aller Gewalten verstanden.

Da hilft es natürlich, wenn das Verfassungsgericht tendenziell eine solche Position stützt. Damit diese Exekutivgewalt funktioniert, kann eine solche Position den repressiven Teil des Staatsapparats (ICE, Heimatschutz, Polizei, Militär usw.) zwar in seinen liberalen Führungsstrukturen antasten, aber nicht als Ganzes abschaffen. Dieses politische Denken „von oben“ ist mit einer klassischen Linken nicht zu machen. Deren Feinde sind immer die Gewaltfunktionen des Staates wie das Militär, der Gefängnisapparat oder die Polizei.

Die Rhetorik geht weit: In Bannons Podcast wird seiner Zuhörerschaft eingehämmert, dass das amerikanische Volk von den „globalistischen Eliten“ bedroht ist – also Vetterwirtschaft („crony capitalism“), Großinvestoren, Tech-Elite, Finanzkapital, linken Professoren und Eliteinstitutionen. Die liberalen Eliten werden im administrativen Staat vermutet. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Er muss zerschlagen werden.

Postliberalismus Diese Kritik findet man abgeschwächt auch auf der intellektuellen, akademischen Seite des rechten Spektrums, das man als „Postliberalis-



Protest gegen Trumps Wahlbeschränkungspläne, Washington, September 2026. IMAGO

Im administrativen Staat vermutet Bannon die liberalen Eliten. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Er muss zerschlagen werden

mus“ bezeichnet. Sein Hauptrepräsentant ist der in Notre-Dame lehrende Politikwissenschaftler Patrick Deneen, dessen Bücher „Why Liberalism Failed“ und „Regime Change“ sich auf den Sachbuch-Bestsellerlisten etablieren konnten. Es wird gemunkelt, dass er sich mit JD Vance gerne mal auf ein Bier trifft.

Seinen Postliberalismus versteht Deneen als die Etablierung einer „neuen Rechten“. Sie hat die alten sozialdemokratischen Ideale der Linken aufgesogen, weil die Liberalen zu einer „bigotten“ Elite geworden sind, die egalitäre Ideale zwar hochhält und verteidigt, diese aber gleichzeitig in ihrem Leben und sozialen Status zerstört. Die linken Intellektuellen mit ihrer Doppel-moral des liberalen Sprechens, aber illiberalen Seins, werden als Feind aufgebaut, sodass die neue Rechte sich nun als authentische Kraft darstellen kann.

Expertokratie Da werden dann auch gleich die Covid-Experten und Greta Thunberg mit ihrem Slogan „Follow the science“ mit abgeräumt. Deneens Vorwurf: Experten und eine an Wissenschaft orientierte Politik stellen ihre eigene politische, d. h. grundsätzlich angreifbare Situation, als nicht angreifbar dar. Damit hat er wahrscheinlich recht, denn die Annahme, dass in der Politik um „Wahrheiten“ gestritten wird, macht keinen Sinn.

Ob dann aber sein Vorschlag Sinn macht, stattdessen so etwas wie eine „aristokratische Elite“ einzusetzen, der es um „das gute Leben“ der „normalen Leute“ und das Wohlergehen der eigenen Nation gehe, kann stark bezweifelt werden.

Nationalkonservatismus In diesem Kontext muss man auch den Nationalkonservatismus verorten. Einer seiner Hauptvertreter ist der derzeitige Präsident des Herz-Instituts in Jerusalem, Yoram Hazony. Seine Bücher zu Nationalismus und Konservatismus sind Bestseller. Das nächste Treffen einer der inzwischen wichtigsten Denkfabriken in

den USA, der „National Conservatism“-Konferenz, findet an seinem Institut im Oktober statt. Auch der ehemalige Präsident des deutschen Verfassungsschutzes und der Vorsitzende der Werteunion, Hans-Georg Maaßen, ist als Vortragender angekündigt.

Hazony legt den Fokus auf Werte, Identität und Zusammenhalt. Ihm zufolge gibt es drei Wertezentren im menschlichen Leben: Familie, Nation und den „Stamm“ (tribe). Hazony meint damit eine sich aus nicht-liberalen, nicht-artifiziellen und nur intern zu vermittelnden „Verwandtschaft“ zwischen Menschen, die sich über den Wert der Loyalität konstituieren.

Wie bei Bannon und Deneen wird der Liberalismus als der Feind ausgemacht. Liberale und ihr Drang, alles auf das Individuum zurückzuführen, zerstören die Nation und damit das, was alles zusammenhält. Die liberale Haltung und Zersetzung traditioneller Werte stellen eine Gefahr für die Souveränität dar, die durch Hierarchie, Autorität und Ehre ausgezeichnet ist. Landesgrenzen sind Identitätsgrenzen und markieren die Wertesubstanz einer Nation.

AfD Wenn man sich nun in Deutschland umschaute, kann man sofort sehen, dass sich die neue Rechte seit Langem an diesen Themen abarbeitet. Auffällig ist, dass die Abwendung von der ehemaligen Lucke/Petry-AfD sich ideologisch präzise als Bruch mit liberalen Ideen beschreiben lässt.

So beklagt sich Björn Höcke gerne darüber, dass das deutsche Volk „im Zuge des westlich-dekadenten Liberalismus und der ausufernden Parteienherrschaft zu einer bloßen Bevölkerung herabgesunken“ ist. Weiter: „Es ist ein absoluter geistig-moralischer Tiefpunkt der Linken, sich als Hilfskräfte des Globalkapitals anzudienen.“ Das ist nicht weit weg von Bannon und Deneen.

Moralischer Unterton Im Gegensatz zum europäischen Diskurs waren und sind die US-Debatten um Werte und Ethik gebaut. Sie verfahren selten gesellschaftstheoretisch. Das Unbehagen, das sich bei vielen Konservativen über die Auswüchse des Kapitalismus und die Zerstörung aller Traditionen ausbreitet, hat in den USA immer auch einen moralischen Unterton.

So schreibt der wahrscheinlich klügste Kopf der US-Rechten, der Harvard Rechtsprofessor Adrian Vermeule, gerne im christlichen Fundamentalmagazin

„First Things“. Dort wird der Kampf gegen das Böse ausgerufen: „Gestern waren Scheidung, Empfängnisverhütung und Abtreibung die umkämpften Frontlinien; dann folgte die gleichgeschlechtliche Ehe; heute ist es das Thema Transgender; morgen könnten es Polygamie, Inzest zwischen einvernehmlichen Erwachsenen oder wer weiß was sonst sein.“

Colleges und Universitäten Ein anderer Unterschied zum europäischen Diskurs ist der ständige Bezug auf Universitäten; das nicht nur, weil man die linke Pest an den Universitäten und Colleges vermutet, sondern weil das College das zentrale Scharnier in den USA ist, um junge Menschen in die Gesellschaft einzugliedern.

So beklagt Deneen den Verlust klassisch orientierter College-Professoren und deren Ersetzung durch „idiotische Spezialisten“. Bildung im klassischen Sinne findet an den meisten größeren Universitäten der USA tatsächlich schon lange nicht mehr statt. Selbst an katholisch oder jesuitisch ausgerichteten Colleges werden die „humanities“ immer mehr ausgedünnt. Wie aber in einer von der Techindustrie mit ihren KI-Fantasien vorangetriebenen Welt diese Verarmung von Bildung und Urteilskraft aufgehalten werden kann, sagt Deneen nicht.

CDU und Ethik Man soll sich mit direkten Vergleichen der amerikanischen und deutschen politischen und politiktheoretischen Diskurse zurückhalten, da diese sich am Ende aus anderen Traditionen speisen, aber eines ist klar: Die CDU wird wie die Reagan- und Bush-Konservativen in den USA derzeit von der neuen deutschen Rechten gezwungen, ihren Konservatismus und Liberalismus zu überdenken und im Lichte dieses Gegners, der als Feind auftritt, zu modifizieren.

Deneen und die Seinen sind gegen „Miet-Gebärmütter“. Mit diesem Testfall für liberale Konservative ist die CDU bekanntermaßen auch konfrontiert. Wenn man aber konsequent dagegen sein will, muss man solche individuellen Marktentscheidungen nicht nur legal begreifen, sondern sie moralisch kritisieren.

Am Ende ist daher die alles entscheidende Frage, ob die Konservativen ihr Leben ändern wollen.

Der Autor ist deutsch-amerikanischer Philosoph und lehrt seit mehr als 20 Jahren an der Michigan State University in East Lansing, Michigan.

Traditionell skeptisch

Ehrung für Autorin Freudenthaler

Schriftstellerin Laura Freudenthaler wird mit dem Christine-Lavant-Preis ausgezeichnet. Das hat die Internationale Christine-Lavant-Gesellschaft mitgeteilt. Freudenthaler zähle seit vielen Jahren zu den anerkanntesten Schriftstellerinnen Österreichs, ihr Werk werde zudem in mehr als 14 Sprachen übersetzt, hieß es. Sie stehe „in der sprachskeptischen, phantastischen und feministischen Tradition der österreichischen Erzählliteratur und fügt ihr eine originelle Stimme und unverwechselbare Perspektive hinzu“, so die Jury weiter.

Freudenthaler wurde 1984 in Salzburg geboren, sie lebt und arbeitet in Wien. 2014 debütierte sie mit dem Erzählband „Der Schädel von Madeleine“. 2024 wurde sie mit dem Anton-Wildgans-Preis ausgezeichnet. Zuletzt erschienen bei Jung und Jung „Arson“ (2023) und der Roman „Iris“ (2026). FR

Kölner Technik soll noch haken

Bericht über Probleme in sanierter Oper – Eröffnung „findet auf jeden Fall statt“

Die Kölner Oper kämpft wenige Tage vor der ersten Premiere nach 14 Jahren Sanierung offenbar noch mit technischen Problemen. Es gebe sowohl mechanische als auch Softwareprobleme, berichtete der WDR. Das habe dazu geführt, dass die Oper die Inszenierung des „Rosenkavalier“ verändert habe.

Das Presseamt Köln konnte zunächst nichts dazu sagen, ob es tatsächlich technische Probleme gibt. Man habe dazu bei der Oper nachgefragt, teilte eine Sprecherin mit. Grundsätzlich sei es bei einem Sanierungsprojekt dieser Größenordnung nur realistisch, dass es in den ersten Wochen und Monaten zu „technischen Störungen, notwendigen Nachjustierungen oder einzelnen Ausfällen“ kommen könne.

„Die Bühnen Köln sind darauf vorbereitet und werden auftretende Probleme gemeinsam mit den beteiligten Fachfirmen und technischen Part-

nern so schnell wie möglich analysieren und beheben“, so die Sprecherin. Die „Rosenkavalier“-Premiere finde auf jeden Fall statt. „Es gab zu keinem Zeitpunkt Anlass, dies infrage zu stellen.“

Die Oper und das Schauspielhaus in Köln stammen von 1957 beziehungsweise 1962. Sie wurden seit 2012 saniert – die reinen Baukosten summierten sich am Ende auf rund 800 Millionen Euro. Anfangs war eine Wiedereröffnung für 2015 geplant – mit Kosten von rund 250 Millionen Euro. Die Bauzeit verlängerte sich jedoch um etliche Jahre und verschlang immer mehr Geld. Während die Bauarbeiten liefen, mussten Oper und Schauspiel auf andere Spielstätten ausweichen.

Für Sonntag ist die erste Premiere im sanierten Gebäude angekündigt, Richard Strauss’ Oper „Marie-Eve Signeyrole“ inszeniert, Andrés Orozco-Estrada dirigiert. dpa



„Satyricon“: Donati (l.), Fellini, Hiram Keller, 1969. IMAGO

Nico sagt Danke und geht

Olivia Laings wenig traumhaftes „Buch der Träume“ über den Kostümbildner Danilo Donati. Von Sylvia Staude

Mit herrlich mäandern-den, blitzgescheiten Sachbüchern – „Die einsame Stadt“, „Der Garten und die Zeit“ – ist Olivia Laing bekannt geworden. Es gibt einen frühen, starken und geschwinden Roman, „Crudo“. Vergangenes Jahr dann ist nach einem Romaufenthalt Laings erst zweiter Roman erschienen, und nun auch auf Deutsch. Er erzählt von Pier Paolo Pasolini, von Federico Fellini, vor allem aber vom berühmten Kostümbildner und Szenenbildner Danilo Donati. Einen jungen Engländer stellt Laing ihm als „Lehrling“ zur Seite, einen Kunststudenten, der aussieht „wie ein Renaissance-Engel“.

Nicholas „Nico“ Wade flieht 1974, da ist er 22, aus London nach Italien wegen der „Sache mit Alan“. Was „die Sache“ ist, ein Suizid, findet später im Ge-

ne Rolle. Laiendarsteller, Jungs, die herumkommandiert werden, die eine kurze Szene x-mal wiederholen müssen, aber Pasolini trotzdem umschwirren wie die Motten das Licht. Die „Bleiernen Jahre“ wabern mehr als vage im Hintergrund.

Die Autorin hält immer einen Abstand

Den ganzen Roman über bleibt Laing auf Abstand, wird nicht plastisch oder drastisch, selbst wenn es um Sex und Drogen und Partys geht. Die Sätze sind kurz, atemlos – und anders als in „Crudo“ ziehen sie einen nicht mit, packt dieses Stakkatoto nicht zu. Einmal heißt es: „Federico randaliert“ (Donati muss also zu ihm), ein andermal: „Pasolini starrt angestrengt auf den Tisch. Zwischen seinen Socken und seiner Hose sind zwei, drei Zentimeter nackte Haut zu sehen.“ Nun ja, das ist ja meistens so, wenn jemand sitzt, der Hosen trägt. Nicholas jedenfalls sagt Danke und geht. Cut.

Geradezu verblüffend unsinnlich ist dieses „Buch der Träume“ über zwei große Filmschöpfer und einen ihnen Dienenden, verwirrend sind oft seine Sprünge. Mag sein, dass eine umfassende Kenntnis der Filme weiterhilft, Bilder beschwört. Aber wie soll man sich für einen jungen Mann interessieren, dessen Gemütszustand so beschrieben wird: „Er will kein Kristall sein, dessen Farbenspiel das Universum spiegelt.“

Möglicherweise hätte Olivia Laing ein besseres Sachbuch über diese (Film-)Zeit in Italien geschrieben.



Olivia Laing: Buch der Träume. Roman. A. d. Engl. von Thomas Mohr. Insel, Berlin 2026. 268 S., 26 Euro.